

# Linke fremdeln mit fernen Milieus

## Streit in der Linkspartei zeigt alte Unvereinbarkeiten

Der mühsam errungene Frieden in der Linkspartei scheint beendet. In einem Aufruf appelliert nun die Parteivorsitzende, zu einer sachlichen Debatte zurückzufinden.

Von Uwe Kalbe

In einem Aufruf an die LINKE vertritt die Parteivorsitzende Katja Kipping die Idee, das Interregnum der absehbaren Regierungsbildung von Union und SPD für eine Offensive zu nutzen. Hierfür will sie den Streit in ihrer Partei hinter sich lassen, es gelte sachlich zu debattieren statt die »Erzählung vom Machtkampf« in der Linkspartei zu bedienen. Die Partei müsse ihre »Konflikte bearbeiten« und das »Verbundene mehr in den Mittelpunkt stellen als das Trennende«. Kippings Einwurf muss freilich selbst als Positionierung in diesen Konflikten verstanden werden.

Die »Erzählung vom Machtkampf« war gerade in jüngster Zeit fortgeschrieben worden. Und ein Gespräch, zu dem am Wochenende der neue, kommissarische Bundesgeschäftsführer Harald Wolf die Parteivorsitzenden, Kipping und Bernd Riexinger, mit den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Barsch, geladen hatte, war als Versöhnungsversuch gedacht. Wolf selbst war für

»Wir zerren aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen.«

LINKE-Chefin Katja Kipping

den im Streit geschiedenen Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn in seine neue Funktion berufen worden. Kipping bestätigt einen Richtungskampf, will diesen aber nun sachlich führen. Schon immer wird dieser mehr oder weniger unveröhnlich ausgetragen, nach Jahren der relativen Ruhe – die sich die Parteivorsitzenden zu Recht zuschreiben – zeugen jüngere Ereignisse nun vom neuen Aufblitzen.

Unmittelbar nach der Bundestagswahl hatte Sahra Wagenknecht mit Blick auf den AfD-Erfolg eine Debatte über Flüchtlingspolitik ausgelöst. Zu Unrecht seien im Wahlkampf »bestimmte Probleme ausgeklammert« worden, »in der Sorge, dass man damit Ressentiments schürt«. Ist die Formulierung im Parteiprogramm, dass das Recht auf Bewegungsfreiheit von Menschen das Prinzip offener Grenzen verlangt, eine Vision, wie Wagenknecht meint, also kein realpolitisches Ziel? Oder muss die LINKE dieses Prinzip hochhalten, unabhängig von der konkreten Situation, weil »die Grenze ... nicht zwischen Nationen, sondern zwischen Klassen bzw. zwischen oben und unten« verläuft, wie Kipping in ihrem Papier schreibt?

Am Wochenende lag dem Parteivorstand der LINKEN auch der Entwurf eines Einwanderungsgesetzes zur Beratung vor, in dem das Prinzip der offenen Grenzen aus dem Parteiprogramm adaptiert wird auf alle Bereiche der Migration –

Asyl wegen politischer Verfolgung, Schutz von Bürgerkriegsflüchtlingen sowie Einwanderung von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. In der Debatte über diesen Entwurf dürfte ein Teil der sachlichen Differenzen in der Partei wohl kulminieren. Kritiker von »links«, die in jedem Regularium eine Einschränkung der Freizügigkeit und daher einen Verstoß gegen das Parteiprogramm sehen, steht Wagenknecht gegenüber, die mit Blick auf den Entwurf fand, »Linke sollten sich bemühen, seriöse Vorschläge zu machen«. Einen Einwand gegen die Anwerbung ausländischer Fachkräfte (und damit indirekt auch gegen die Einladung mittels eines Einwanderungsgesetzes) legte jüngst die Hamburger Abgeordnete Zaklin Nastic in ihrer ersten Rede im Bundestag dar: »Wer Fachkräfte

braucht, muss sie hierzulande ausbilden und vor allen Dingen gut bezahlen, und zwar egal, woher sie kommen.« Den armen Staaten dieser Welt ihr ausgebildetes Potenzial »auszusaugen«, sei Brain drain.

Mit dem Streit um Migration und Flüchtlinge ist in der LINKEN auch einer um die Milieus entbrannt, um die sich die Partei bemühen sollte. Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender im Saarland und Wagenknechts Ehemann, hatte der Führung vorgeworfen, sich vor allem für jene akademischen, urbanen Schichten zu interessieren, die auch den Großteil der Neuzugänge in der Mitgliedschaft der Partei ausmachen. Damit vernachlässige sie aber die eigene angestammte Basis – die Arbeiter und Erwerbslosen. Hier geht es um die sehr ernste Frage nach der sozialen Funktion der Partei.

Diese Frage kocht hoch, auch wenn man es gar nicht erwartet. In der Bundestagsfraktion ging es jüngst hoch her, als der Jahresauftakt der LINKEN aufgerufen war. Nach der Demo für Liebknecht und Luxemburg Mitte Januar in Berlin trifft man sich seit Jahren in großem Saal zu Musik, Reden und Talkrunden. Bisher vor allem von der Europäischen Linken finanziert und vom Bundestagsabgeordneten, Musikproduzenten und Liedermacher Diether Dehm organisiert, soll 2018 die Bundestagsfraktion das Ereignis bezahlen. Doch vielen Genossen behagt offenbar das dort versammelte Milieu nicht recht, in erregter Debatte wurde dies deutlich. Matthias Platzeck, einst Ministerpräsident und SPD-Chef und heute Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, sagte seine Teilnahme inzwischen ab. Er sah sich in fremde Querelen hineingezogen und als Putin-Versteher bereits in einer Zeitung angegangen.

Der »Tagesspiegel« nutzte die offene willkommene Gelegenheit und zog überdies eine Parallele von Dehm zum Betreiber der Internet-Plattform KenFM, Ken Jebsen. Eine geplante Preisverleihung an Jebsen im Berliner Kino »Babylon« war nach einer Intervention des Berliner Kultursenators Klaus Lederer vom Kino jüngst abgesagt worden; neben anderen hatte Diether Dehm gegen den Vorwurf verteidigt, rechter Verschwörungstheoretiker zu sein. Nicht nur zwischen Dehm und Lederer klaffen Welten.

Dehm bekennt, mit dem Jahresauftakt seit sechs Jahren eine »rot-traditionalistische Veranstaltung« im Sinn zu haben, er schwärmt von Arbeiterkampfliedern und hat nichts gegen gereckte Fäuste. Eine ihm vorgeworfene verfehlte Einladungsplanung weist er zurück. Wie in jedem Jahr seien Lafontaine und die Fraktionschefs Wagenknecht und Barsch zunächst um Terminsicherung gebeten, Künstler wie der Liedermacher Gerhard Schöne, Nina Hagen und der französische Linkssozialist Jean-Luc Mélenchon angefragt worden. Von den Parteivorsitzenden und Gregor Gysi seien Terminprobleme signalisiert worden. »Die offiziellen Einladungen zum Jahresauftakt werden aber so wieso vom Fraktionsvorstand geschrieben«, sagt Dehm.

Die Veranstaltung als Dienstleistung für Lafontaine und im Sinne einer »linken Sammlungsbewegung« zu planen, hält er für eine böswillige Erfindung. Auch wenn er Mélenchons Sammlungsbewegung im Wahlkampf unterstützt hatte, habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Lafontaine hatte sich kürzlich in einem Interview eine solche Bewegung mit einer starken Persönlichkeit an der Spitze auch für Deutschland gewünscht. Dabei habe er alle im Sinn, denen es um soziale Gerechtigkeit geht, sagte er, ohne deutlicher zu werden. Und er ließ Bedauern anklingen, aus der SPD ausgetreten zu sein. Also auch, die LINKE mitgegründet zu haben? Kipping hält von einer neuen Sammlungsbewegung jedenfalls nichts. Sie bestehe bereits: Es sei die LINKE.

Kippings Aufruf finden Sie unter: [www.dasND.de/AufrufKipping](http://www.dasND.de/AufrufKipping)



Norwegische F-35-Maschinen beim Roll out. Sie halten weiter engsten Kontakt zum Hersteller in den USA.

Foto:AFP/Laura Buckman

# Festhalten an der Kernkompetenz

## Die Deutsche Luftwaffe schaut sich nach neuen Atombomben um

Es gibt mehr Geld für Rüstung, doch was kauft man dafür? Die Luftwaffe hat Transporter, die nicht fliegen und sucht nach einem Tornado-Nachfolger, der Atombomben werfen kann.

Von René Heilig

Gemeinhin geht man davon aus, dass Fliegen zumindest ein wesentliches Element der Kernkompetenz von Luftwaffen ist. Bei der Bundeswehr ist das nicht so gewiss. Beispiel Lufttransportgeschwader 61. Dessen Flugplatz liegt in unmittelbarer Nachbarschaft der bayerischen Gemeinde Penzing. Seit über 80 Jahren gibt es hier einen Luftwaffenstützpunkt, der sich derzeit auf 272 Hektar ausbreitet. Hier hoben bereits Maschinen mit dem Hakenkreuz am Leitwerk ab. Dann nutzten US-Militärs die Anlagen. In den ersten Nachkriegsjahren startete hier der US-Country-Sänger Johnny Cash seine Weltkarriere. 1957 übernahm die Bundeswehr den Fliegerhorst und machte in den Folgejahren viel Lärm. Bis zu 35 Maschinen waren in Penzing stationiert.

Von dem bayerischen Provinznest aus starteten Transall-Maschinen zu Kriegs- und humanitären Einsätzen nach Afrika, in verschiedenste Erdbebengebiete und zur Versorgung der eingeschlossenen Einwohner von Sarajevo. Transall-Maschinen sind nun aber in die Jahre gekommen. Die sogenannten Kampfzonentransporter werden ersetzt durch moderne A400M von Airbus Defence and Space. Irgendwann jedenfalls. Denn die neuen Airbus-Maschinen sind noch »im Anfangsflugbetrieb«. So umschrieb Luftwaffenchef Karl Müller in der vergangenen Woche auf einer Sicherheitskonferenz in Berlin die anhaltende Pannenserie. Von den inzwischen 14 übernommenen deutschen A400M war zu diesem Zeitpunkt nicht ein einziger einsatzbereit.

Nach aktuellem Stand werden die alten Transall-Maschinen also bis mindestens Ende 2021 weiter betrieben. Und zwar beim Lufttransportgeschwader 63 im schleswig-holsteinischen Hohn. Dorthin hat man auch die letzten in Penzing verbliebenen Turboprop-Maschinen verlegt.

Das ist in Penzing seit 2011 bekannt. Um nicht in ein tiefes wirtschaftliches Loch zu fallen, hat die Gemeinde Planungen angeschoben. Der Bürgermeister träumte sich bereits leise Nachnutzer herbei und sprach von einer Mischung aus Gewerbe, Wohnen und landwirtschaftlicher Nutzung. Sogar einen Hochschul-Campus sahen fantasievolle Penzinger auf dem ehemaligen Rollfeld entstehen. Doch die Bürger haben an den Vorstellungen der Bundeswehr vorbei geträumt. Das Militär hat sich zu einer »Stillstandswartung« entschlossen. Zunächst sollen 150 Soldaten stationiert bleiben und alles in Schuss halten, denn bei der derzeitigen weltpolitischen Lage muss mit Überraschungen gerechnet werden.

Für eine Überraschung will die Linksfraktion in den kommenden Tagen sorgen. Dabei will sie die Zeit der provisorischen Regierung nutzen, um aus ihrer Sicht notwendige politische Veränderungen durchzusetzen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD ist abgelaufen, die Grünen nicht mehr als Mehrheitsbeschaffer gefragt, also könnten die Abgeordneten einfach ihrem Gewissen folgen. Und deshalb fordert die LINKE nun den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Käme es zu einem solchen Beschluss – was sehr unwahrscheinlich ist –, viele aber der Deutschen Luftwaffe eine Riesennlast von den Schultern. Experten suchen nämlich seit geraumer Zeit nach einem Ersatz für den Tornado-Jagdbomber.

Bislang sind speziell ausgerichtete Maschinen des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 in Büchel dafür vorgesehen, am Standort gelagerte US-Kernwaffen ins Ziel zu bringen. Der »Transport-Service« ist Teil der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO. Bei der Luftwaffe heißt es, man müsse Flugzeuge dafür bereitstellen, sonst wäre Deutschland nicht an der vor allem politisch definierten Einsatzplanung dieser Waffen beteiligt. Skeptiker sehen die Funktion der nuklearen Abschreckung anders. Sie trage vielmehr dazu bei, dass die nukleare Großmacht USA darauf hoffen kann, einen möglichen Nuklearkrieg regional, also auf Europa zu begrenzen. Washington setzt darauf, dass im

Kriegsfall auch Moskau dieses Level einhält und seine strategischen Raketen nicht in Richtung USA startet.

Tatsache ist, dass schon unter Präsident Barack Obama mit der Modernisierung der B-61-Atomwaffen begonnen wurde. Das verlangt auch gewisse Anpassungen bei den Flugzeugen. Der Tornado steht zur Ausmusterung an. Welchen Flugzeugtyp will Deutschland also als Atomwaffen-Ersatz-Transporter beschaffen?

Im Mai hatte sich die Luftwaffe schon mal in den USA nach den technischen Daten und wohl auch nach den Preisen der F-35 »Lightning« des Herstellers Lockheed erkundigt. Die-

*Der Tornado-Ersatz soll ein Flugzeug der fünften Generation sein, das für das Radar schwer zu erfassen ist und aus großer Entfernung Ziele identifizieren und angreifen kann.*

ser sogenannte Joint Strike Fighter ist nicht nur das aktuell teuerste Rüstungsprojekt der USA, er hat auch jede Menge Probleme zu bieten. Und auf so etwas steht die Luftwaffe ganz offensichtlich. Die Fachleute des »Janes«-Informationsdienstes zitierten jüngst einen nicht namentlich genannten leitenden Beamten. Dort äußerte dieser, dass die F-35 bereits die meisten Anforderungen der Luftwaffe an ein Flugzeug, das sie ab 2025 fliegen wolle, erfülle: Der Tornado-Ersatz soll ein Flugzeug der fünften Generation sein, das für das Radar schwer zu erfassen ist und das aus großer Entfernung Ziele identifizieren und anzugreifen kann.

Seltsam identisch klang Luftwaffenchef Müller in einem jüngst geführten Reuters-Interview. »Es wird ein Flugzeug der fünften Generation sein, um das volle Spektrum unserer Bedürfnisse abzudecken«, sagte der Generalleutnant. Ausschlaggebend für das deutsche Interesse kann sein, dass mehrere NATO-Verbündete sich bereits für die F-35 entschieden ha-

ben. Dazu gehören Norwegen, die Niederlande, Großbritannien, Italien, die Türkei und Dänemark. Belgien wird voraussichtlich im nächsten Jahr eine Entscheidung treffen.

Der US-amerikanische Hersteller Lockheed buhlt bereits kräftig. Steve Over, Lockheeds Direktor für Export, erklärte, der Konzern sei bereit, die deutsche Regierung bei ihrem Auswahlverfahren zu unterstützen. Er ließ durchblicken, dass Kooperationsmöglichkeiten mit deutschen Unternehmen wachsen könnten. Zugleich brachten seine Leute einen F-35-Flugsimulator nach Berlin und ließ damit Parlamentsmitglieder, Militärs und auch einige Journalisten »abheben«.

Die Zeit drängt, denn um ab 2025 F-35 fliegen zu können, muss bis 2020 ein Vertrag unterzeichnet werden. Das heißt auch, das Parlament muss Milliardensummen locker machen. Mindestens 80 Millionen Dollar pro Maschine. Generalleutnant Müller weiß jedoch, dass er sich mit seiner F-35-Lobpreisung auf einen Schleudersitz gesetzt hat. So denkt er zur Sicherheit auch über den deutsch-französischen Plan nach, gemeinsam einen Nachfolger für seine Flotte von 140 Eurofighter Typhoon-Jets zu entwickeln. Dieses Projekt, das im Juli vorgestellt wurde, würde dazu beitragen, wichtige technologische Fähigkeiten in Europa zu bewahren und Westeuropa zu befähigen, eigene Technologien zu entwickeln.

Das Stichwort Technologieentwicklung warf der Luftwaffenchef nicht ohne Absicht in die Debatte. Die USA sind dafür bekannt, bei High-Tech-Exporten nicht alles offenzulegen. Das ist ein Grund dafür, dass Deutschland in den USA keine Drohnen kaufen will.

Derzeit überlegen norwegische Elektronikexperten, wie sie in die frisch erworbenen F-35-Maschinen eine Art Filter einbauen können. Denn sie sind sich sicher, dass ihre Jets nach jeder Mission sensible Informationen nach Texas senden, die dort von Lockheed ausgewertet werden. Dass der Hersteller sie an bestimmte US-Dienststellen weiterreicht, ist nicht ausgeschlossen, meinen Berater des norwegischen Verteidigungsministeriums.